

Schriftliche Fragen

mit den in der Woche vom 1. März 2010 eingegangenen

Antworten der Bundesregierung

27. Abgeordneter
Dr. Peter Gauweiler
(CDU/CSU)

Seit wann ist der Bundesregierung bzw. der Bankenaufsicht des Bundes bekannt, dass – wie das Nachrichtenmagazin „DER SPIEGEL“ (Nr. 8/2010, S. 64 ff.) unter dem Titel „Spiel mit höchstem Risiko“ berichtet – die Hypo Real Estate (HRE), welche seit Ende 2008 mit Staatsgarantien von rund 100 Mrd. Euro gestützt werden musste, ihren Bestand an griechischen Staatsanleihen zwischen März und September 2009 um fast 50 Prozent aufstockte, und in welcher Weise reagiert die Bundesregierung auf diese Erkenntnis?

*Antwort des Parlamentarischen
Staatssekretärs Steffen Kampeter vom
2. März 2010*

Die Hypo Real Estate Holding AG hat öffentlich und gegenüber der Bundesregierung erklärt, im Konzernverbund den Bestand an griechischen Staatsanleihen im Jahr 2009 nicht aufgestockt zu haben.

28. Abgeordneter
Dr. Peter Gauweiler
(CDU/CSU)

Seit wann ist der Bundesregierung bzw. der Bankenaufsicht des Bundes bekannt, dass – wie das Nachrichtenmagazin „DER SPIEGEL“ (Nr. 8/2010, S. 64 ff.) unter dem Titel „Spiel mit höchstem Risiko“ berichtet – die US-amerikanische Investmentbank Goldman Sachs der griechischen Regierung geholfen hat, ihre Schulden u. a. durch Gründung von Zweckgesellschaften zu verbergen, und welche konkreten Maßnahmen unternimmt die Bundesregierung aufgrund dieser Erkenntnis?

*Antwort des Parlamentarischen
Staatssekretärs Steffen Kampeter vom
2. März 2010*

Die Bundesregierung hat seit Mitte Februar 2010 durch Presseberichte Kenntnis von dieser Angelegenheit erhalten. Das europäische Statistikamt Eurostat nimmt derzeit eine gründliche Prüfung der damaligen Buchungskonstruktionen vor.

29. Abgeordneter
Dr. Peter Gauweiler
(CDU/CSU)

Welche konkreten Maßnahmen hat die Bundesregierung bislang unternommen, um den Handel mit Kreditausfallversicherungen (Credit Default Swaps – CDS), die bereits vor der Lehman-Pleite eine erhebliche Zerstörungskraft entfaltet haben, als mitverantwortlich für die Krise gelten und deren Handel durch Spekulanten, die auf eine Staatspleite von Griechenland wetten, bei der derzeitigen Finanzkrise eine enorme Gefahr darstellen, zu verbieten oder ausreichend einzudämmen, und welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung, um diesen Handel in Zukunft zu verbieten oder ausreichend einzudämmen?

*Antwort des Parlamentarischen
Staatssekretärs Steffen Kampeter
vom 2. März 2010*

Die G20 haben aufbauend auf früheren Beschlüssen in ihrer Entschließung auf dem Pittsburg-Gipfel am 24./25. September 2009 gefordert, dass alle standardisierten außerbörslich gehandelten Derivateverträge bis spätestens Ende 2012 über einen zentralen Kontrahenten abgerechnet und, soweit angebracht, an Börsen oder auf elektronischen Handelsplattformen gehandelt werden. Für nicht zentral abgerechnete Verträge sollen höhere Eigenkapitalanforderungen gelten. In Übereinstimmung mit diesen Beschlüssen hat die Europäische Kommission in einer Mitteilung vom 20. Oktober 2009 auf europäischer Ebene geplante Maßnahmen zur Gewährung effizienter, sicherer und solider Derivatemärkte vorgestellt. Die hierzu erforderlichen Rechtsakte sollen Mitte und Ende 2010 auf den Weg gebracht werden. Die Vorbereitungsarbeiten sind im Gange.

In Umsetzung von Beschlüssen der G20 und in Reaktion auf Initiativen der Europäischen Kommission ist bereits eine Reihe von Maßnahmen durchgeführt und auf den Weg

gebracht worden. Hierzu zählt die Einrichtung mehrerer zentraler Clearingstellen zur Abwicklung bestimmter Credit Default Swaps.

Am 17. Februar 2009 hatten sich einem Aufruf der Europäischen Kommission folgend zudem neun global tätige große Finanzinstitute verpflichtet, spätestens ab dem 31. Juli 2009 mit dem Clearing geeigneter Credit Default Swaps zu europäischen Referenzunternehmen und Indizes auf diese Unternehmen mittels einer oder mehrerer europäischer zentraler Clearingstellen zu beginnen.

Vor dem Hintergrund der Reaktionen der Finanzmärkte auf die Entwicklungen in Griechenland wird die Bundesregierung eine Diskussion auf europäischer und internationaler Ebene weiter vorantreiben, inwieweit über bereits vereinbarte Maßnahmen hinaus weitere Schritte zur Verbesserung der Transparenz und strikten Regulierung von CDS-Märkten erforderlich sind.

Im Hinblick auf den grenzüberschreitenden Charakter der Märkte für Credit Default Swaps und bereits bestehende EU-rechtliche Harmonisierungsvorschriften sind zur Begrenzung der von diesen Instrumenten ausgehenden Risiken zumindest europäische Regelungen anzustreben.